

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Maihälfte 1800.— Mr. Einzelverkaufspreis 150 Mr.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefons 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtseitige Zeitung 350.— Mark, für auswärtige 400.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Mr., für Reklamen 1400.— Mr.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Telefons 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker

Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 124.

Donnerstag, 31. Mai 1923.

30. Jahrgang.

Die Pflicht der Sozialdemokratie!

Dr. L. Lübeck, 31. Mai.

Bald zwei Jahre sind es! Der Görlitzer Parteitag stand nicht bevor. Der Ruf nach der Erfassung der Sachwerte, nach einer endlichen Ordnung der deutschen Finanzen hatte auch die letzte und kleinste Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei aufgerufen.

Der Zug auf dem Berliner Bahnhof war bis auf den letzten Platz mit Parteitagsdelegierten angefüllt. In allen Unteren gab es nur zwei Gesprächsstoffe: Erfassung der Sachwerte und Koalitionsfähigkeit der Volkspartei.

Schon sauste die schwere Maschine an, um den langen Zug in Bewegung zu bringen. Da wurden Zeitungspäden durch die offenen Fenster geworfen: der neueste "Vorwärts". Man schlägt ihn auf. Gleich auf der ersten Seite ein langer Artikel über die Sachwertefassung. Man liest und liest. Und erstaunt schaut mancher auf. Was ist das? Der "Vorwärts" verzichtet vorsätzlich auf die Sachwertefassung. Die Industrie hat einen andern Vorschlag gemacht; sie will der Reichsregierung eine großzügige Kredithilfe gewähren.

Längst rast der Zug im Spreewald. Und noch sinnen einzelne über die Tragweite und die Bedeutung dieser Umstellung. Die meisten allerdings haben sich durch den Leitartikel des "Vorwärts" schon umstimmen lassen. Man ist sowieso der Volkspartei günstig gesonnen; und wenn die Volkspartei als Vorgabe in die eventuelle Ehe eine Kredithilfe von einigen Milliarden mitbringt, so ist diese Ehe doppelt sympathisch. Dass man dann vorsätzlich die Sachwertefassung zurückstellen muss, ist selbstverständlich. Weshalb gleich das Knöpfchen der Liebe zerstören mit solch rauhen Forderungen?

Wir brauchen nicht weiter zu erzählen. Jedermann weiß, wie der Traum endigte. Alles war Leim gewesen! Einige Wochen später war die Frühlingsnacht vorbei. Kein Mensch in der Partei redete mehr vom Görlitzer Beschluss, aber auch von dem Kreditangebot der Industrie war nirgends mehr die Rede.

Nicht um den einen oder anderen der Görlitzer Optimisten an die Berechtigung unseres damaligen Pessimismus zu erinnern, schreiben wir diesen kurzen Rückblick. Sondern weil wir wieder einmal da sind, wo wir vor Görlitz auch schon waren. Bei der Frage nämlich, ob der deutsche Staat endlich seine Pflicht gegenüber dem Staat tun soll — oder nicht!

Die Krise in Deutschland ist aufs höchste gestiegen. Und was wir vor vier Monaten schrieben, dass wir über kurz oder lang doch zu einer Verständigung mit Frankreich kommen müssen, das geben heute selbst die Blätter zu, die uns damals des Landesvertrags bezeichneten. Dass eine solche Verständigung nicht ohne schwerste Opfer Deutschlands zu Stande kommen kann, ist eine Wahrheit, die höchstens General-Anzeiger-Redakteure nicht einsehen werden.

Wenn aber Opfer gebracht werden müssen, so sollen nicht nur die armen Teufel ihre Hungerpfennige dazu beitragen, sondern auch der Großbezirk soll seinen Anteil übernehmen. Eine klare und einfache Sache, die jedem Staatsbürger einleuchtet. Und die sich auch in jenen proletarischen Kreisen mehr und mehr verbreitet, die bisher immer noch hinter bürgerlichen Parteien herlaufen. Um es gerade heraus zu sagen: die Besteuerung der Sachwerte wird populär.

Natürgemäß passt das den Herren von der Volkspartei nicht. Sie jammern auf einen Gegenzug, der ihnen ein hübsches Männchen umhängt und sie doch um die unangenehme Sachwertefassung herumsteuert.

Sie machen aus freien Stücken eine Art Abschlagsangebot. Wie vor zwei Jahren! Damals das Kreditangebot von einer Milliarde! Jetzt das Angebot einer Zusatzgarantie von 200 Millionen!

Unsere Pflicht aber ist es, uns nicht ebenso wie vor zwei Jahren Sand in die Augen streuen zu lassen.

Man denkt nach. Die Industrie, die allein durch Entwer-

tung ihrer Lasthypotheken 10 Milliarden Goldmark gewonnen hat, die Industrie, die seit Jahren riesenhafte Gewinne einstreicht, die Valutagefäfte in ungeheurem Umfang gemacht hat, bietet dem Reich in seiner Not 200 Millionen Goldmark. Weitere 300 Millionen sollen nach dem Vorschlag der Handel und die Landwirtschaft aufbringen. Wenn sie so gnädig sein wollen!

Aber die Industrie gibt diese 200 Millionen nicht etwa bedingungslos. O nein, sie will etwas dafür haben. Bitte, gute Kaufleute geben nichts umsonst aus der Hand. „Zug um Zug“ heißt das Geschäft.

Mit den 200 Millionen will sich die Industrie in Wirklichkeit unbeschränkte Profitfreiheit erkaufen. Die letzten Reste der Planwirtschaft sollen beseitigt, die Wohnungswirtschaft aufgehoben werden. Jede Regelung oder Kontrolle der Ausfuhr soll aufhören. Auf die Organisation des Devisenhandels soll von Anfang an verzichtet werden.

Gutes Geschäft! 200 Millionen sind bald wieder extra herausgeholt, wenn völlige Freiheit ist für Handel und Wandel in jeder Form.

Aber damit nicht genug! Noch eine andere Sache möchte die Industrie jetzt erlaufen: Fort mit dem Achtstundentag! Beseitigung der freigestellten Betriebsräte!

Ein bisschen viel auf einmal, nicht wahr? Und all das für 200 Millionen. Gutes Geschäft, schönes Geschäft. Und nicht etwa Juden haben das ausgeklugelt! Lauter gute christliche Christen!

Im Augenblick wollen wir nicht mehr sagen. Nur einige Sätze aus der "Voss. Zeit." seien zitiert:

Ruhr und Rhein werden bedroht und sind in Gefahr. In diesem Augenblick höchster vaterländischer Gefahr feilscht die Spionageorganisation der deutschen Industrie mit der Regierung. Wie auf dem Rialto, wo Ware gegen Ware getauscht wird, wo Käufer und Verkäufer listig die Schwächen der Gegenseite erkennen und darauf ihren Vorteil aufbauen. In diesem Augenblick stellt die Spionageorganisation der deutschen Industrie Bedingungen, von denen sie wissen müsste, dass ihre Erfüllung durch die Regierung im Augenblick geradezu den Bürgerkrieg herbeiführen könnte.

Vielleicht erzieht daraus der Artikelschreiber der "Lübeck. Neuest. Nachricht.", dass nicht nur "Parteisocialisten" das Angebot der Industrie für völlig unzureichend in seiner Höhe und für unverschämmt in seiner Bedingung halten, sondern auch diejenigen bürgerlichen Blätter, denen das Vaterland höher steht als der Profit.

Hoffentlich sieht jetzt auch die Regierung Cuno ein, dass sie mit der ewigen Bettelen vor den Türen der Banken und Konzerne nichts erreicht, dass sie sich im Gegenteil nur lächerlich macht.

Nur dem Zwang, dem härtesten Zwang werden die Ritter von Ar und Hahn, die Industriekapitäne, die Geldmagnaten weichen. Wird die Regierung Cuno den Mut zu solchem Zwang aufbringen? Das ist die Schicksalsfrage für das Volk.

Im Augenblick noch wichtiger ist eine andere Frage für uns. Können wir diese Regierung des Zauderns und der Schwäche noch länger wohlwollend dulden?

In unserer Seele brennt ein hartes Gebot der Stunde. Schärfster Druck muss ausgeübt werden auf die deutschen Kapitalisten, damit sie bezahlen. Der Profit kann sterben — Deutschland nicht. Deutschland muss leben! Unserem Volke die Lebensmöglichkeit zu bewahren, das ist die Pflicht der Sozialdemokratie. Die besitzende Klasse hat eingesehen, dass die Entscheidung über Deutschlands und über Europas Schicksal jetzt steht. Sie macht die größten Anstrengungen, um die Lasten auf das Volk abzuwälzen. Die Sozialdemokratie wird das nicht dulden.

Sie muss deshalb wachsam sein. Sie muss klar sehen, was nötig ist, und was sie will.

Die Besteuerung der Sachwerte werden wir unter allen Umständen erkämpfen. Mit oder ohne Cuno! Damit Deutschland lebe.

Wir müssen wissen, was wir wollen! Und wir müssen stark und rücksichtslos sein; mehr als wir es bisher waren.

Drei Bedingungen für Deutschland.

TL. Paris, 31. Mai.

Der Temps gibt heute die Bedingungen bekannt, unter denen Frankreich bereit sei, mit Aufmerksamkeit die neuen Zahlungsvorschläge Deutschlands zu prüfen.

Eritens: müsste, sobald Verhandlungen beginnen, der passive Widerstand eingestellt werden und die Reichsregierung den Grundsatz Belgien und Frankreichs anerkennen, dass die Räumung der Ruhr nur nach Makaze der deutschen Zahlungen erfolge.

Zweitens: wird der deutschen Regierung der Rat erteilt, keine feste Gesamtsumme in ihrem Angebot zu nennen. Vor allen Dingen seien die Ansprüche Englands noch nicht bekannt, und es bestehne also die Gefahr, dass ein ungenügender Totalbetrag vergleichslos wäre.

Drittens: soll die deutsche Regierung nicht wieder die unübereignung der Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit stellen. Hingegen könnte, so sagt der Temps weiter, Deutschland ein Moratorium verlangen. Aber es müsse erst vereinbart werden, dass die Alliierten im Besitz des ganzen Ruhrgebiets bleiben und dass sie aus dem besetzten Gebiet alle Erträge ziehen, die dieses zu bieten imstande sei.

Gute Worte.

Zur Brotversorgung.

SPD. München, 30. Mai.

Der bairische Landtag hat heute einen Antrag angenommen, der 10 Milliarden zur Sicherstellung der Brotversorgung verlangt. Nach einem Zuschauftrag wurde beschlossen, zur Deckung dieser Summe vor allem die hohen Einkommen heranzuziehen. Bei dieser Gelegenheit machte der Landwirtschaftsminister Mittelungen über die Absichten der Reichsregierung in der Brotversorgung. Danach wird die völlig freie Wirtschaft erst nach einer bestimmten Übergangszeit hergestellt, deren Dauer demnächst erst vom Reichstag festgestellt werden wird. Für die Dauer dieser Übergangszeit wird eine Reserve von 3½ Millionen Tonnen Brotaufgetreide geschaffen, bestehend aus zwei Millionen Auslandsgetreide und 1½ Millionen Tonnen Inlandsgetreide. Das letztere wird beschafft durch Lieferungsverpflichtungen, über die bereits Verhandlungen der Reichsgetreideanstalt mit den Spartenverbänden der Landwirtschaft und des Getreidegroßhandels im Gange sind. Als Uebernahmepreis gilt die jeweilige Börsennotierung. Sollte diese Lieferungsverpflichtung am Widerstand der Produzenten scheitern, so soll zwangsläufig eine neue Umlage von 1½ Millionen Tonnen Getreide ausgeschrieben werden, für die aber nicht der volle Marktpreis, sondern ein reduzierter Preis bezahlt wird. Im übrigen sprach sich der Minister sehr pessimistisch über die Zukunft aus. Eine vierfache Brotpreiserhöhung am 4. Juni sei Tatsache. Es liege allein an den Arbeitgebern, den erforderlichen Ausgleich durch Erhöhung der Gehälter und Löhne zu schaffen. Die nächste Zeit bringe Verhältnisse, von denen man sagen müsse: „Glücklich diejenigen, die sie nicht mehr zu erleben brauchen.“

Kohlenpreiserhöhung!

In einer Sitzung der Organe der Kohlenwirtschaft, die am Mittwoch im Reichswirtschaftsministerium stattfand, wurde über die Kohlenpreiserhöhung verhandelt, wie sie mit Rücksicht auf die eingetretenen Materials- und Lohn erhöhungen notwendig geworden sind. Es wurde beschlossen, die Kohlenpreise ab 1. Juni um etwa denselben Prozentsatz zu erhöhen, um den in den einzelnen Revieren die Bergarbeiterlöhne ab 1. Juni erhöht werden sind, d. h. um rund 50 bis 55 Proz. Außerdem wurde eine Erhöhung des in dem Kohlenpreis enthaltenen Beitrages für den Bergarbeiter-Wohnungsbau von 600 auf 2100 Mr. je Tonne abgelehnt. Steinschule beschlossen. Im einzelnen stellen sich die Preiserhöhungen für die einzelnen Reviere netto (ohne die noch hinzukommenden Steuern usw.) je Tonne:

Für Ruhr-Zettelfahrt auf 76210 Mr.; für Oberschlesien durchschnittlich 46500 Mr.; für Niederschlesien durchschnittlich 56240 Mark; für Sachsen durchschnittlich 65660 Mr.; für Niedersachsen-Barsinghausen 58792 Mr.; für Niedersachsen-Jöllenbüttel 53574 Mark; für Aachen-Nordstern 74208 Mr.; für Aachen-Eschweiler 65388 Mr.; für rheinische Rohbraunkohle 9930 Mr. und für thüringische Brüder auf 34520 Mr.

Die Beschlüsse erfolgten einstimmig und demgemäß wird sich z. B. Ruhr-Zettelfahrt von 145510 Mr. auf 221220 Mr. je Tonne zu erhöhen. Für das mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenmonopol stehen die Preise noch nicht endgültig fest, da eine Einigung zwischen den Syndikaten und dem Reichswirtschaftsministerium nicht erzielt wurde. Es sollten hier bei einer Lohn erhöhung von 50% Proz. Preiserhöhungen von 50 Proz. für Ruhrzolle und 55 Proz. für Elbe und 55 Proz. für Westfalen bewilligt werden, ein Zusammenschluss der Betriebe des Reichswirtschaftsministeriums hergestellt.

Deutsche Führer in London.

London, 30. Mai. Die "Daily Mail" meldet: Auf die Bitte des Reichskanzlers Dr. Cuno hat der Direktor der Darmstädter Bank in London Besuch gemacht, um eine Forderung in der Reparationsfrage herzustellen. Er hatte auch Bezeichnungen mit der industriellen Gruppe des Unterhauses. Man hat den Eindruck, dass er greifbare Anregungen mache. Er kehrt nach Berlin zurück, um dem Reichskanzler Bericht zu erstatten. Deutschland will im eigenen Lande 100 Millionen Sterling aufzutragen, um damit Frankreich, Belgien und Italien die Reparationen zu decken. Der deutsche Botschafter hatte auch eine Anzahl von Besprechungen mit den höchsten Londoner Finanzautoritäten. Man hat die Hoffnung, dass eine wirksame Grundlage für Besprechungen mit Deutschland geschaffen werden kann.

Der deutsche Botschafter in London, Dr. Schäffer, hatte gestern eine Besprechung mit Lord Curzon. Einem Vertreter der Reuter-Agentur teilte die deutsche Botschaft mit, dass man einer peinlichen Abrechnung, die nach London kommen

Dollar 68000.

20 Jahre Gutfeld Offenheit!

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich am Mittwoch in einer mehrstündigen Sitzung mit der gegenwärtigen politischen Lage beschäftigt und die Schritte besprochen, die im Augenblick im Interesse der Reichsicherheit und des Volkes notwendig sind. Gleichzeitig beschäftigte er sich mit dem sogenannten „Angebot“ der Industrie an die Reichsregierung und lehnte es auf das entschieden ab, die Selbstverhüttliche Erfüllung bei staatsbürglerlichen Pflichten von irgendwelchen Voraussetzungen oder Bedingungen abhängig machen zu lassen. Seinwohl über die Notwendigkeiten des Augenblicks, als auch über die Bewertung des Angebots der deutschen Industrie stimmen Reichstagsfraktion und ADGB vollkommen überein. Eben am Donnerstag durften unsere Gewerkschaften durch eine idratisch formulierte Erklärungnahme diese Vereinigung vom Misstrau bringen. Sie denken nicht daran, einer Kaste zuliebe den Reichstag anlaufen zu lassen oder in einem Augenblick Brobständisse zu machen, die auf größere Verdienste abhängen hinauslaufen, wo das ganze Volk Opfer bringen muß, und sie sind andererseits der Meinung, daß die Methode der Industrie, sich arm zu stellen und das staatliche Vermögen vor dem In- und Auslande zu überdrücken, einer entschiedenen Klarstellung bedarf.

Erfreulich ist die Entscheidung, mit der unser Fraktionsvorstand die Bedingungen der Industrie ablehnt. Wir dürfen verichern, daß er seine Reiterer beauftragt hat, mit der gleichen Entschiedenheit die Auffstellung der Partei gegenüber der Regierung zu vertreten und daß die Persönlichkeit des Fraktionsvorstandes, die die Verhandlungen mit Herrn Erns über den Inhalt der neuen deutschen Rente führen werden, bisher nichts an Entschlossenheit fehlen ließen und weiter fehlen lassen werden. Für die Haltung der Sozialdemokratischen Partei sind in erster Linie die innen- und außenpolitischen Verhältnisse maßgebend. Die Zustände im Ruhrgebiet rütteln sich langsam zum Chaos aus. Kein Opfer erscheint uns deshalb zu groß, um dieses Chaos zu verhindern und gleichzeitig das Ruhrgebiet von der fremden Besetzung so schnell wie möglich wieder frei zu machen. Leider besteht dieser Wille, durch Opfer zur Freiheit zu gelangen, nicht in allen Schichten der Bevölkerung, und auch die Regierung versagt es sich, mit der notwendigen Eile und Taktik die Zeit zu verkürzen zu helfen, die denkliche Arbeit im Ruhrgebiet noch unter Bajonetten vorbringen sollen. Eine Kündigung jagt die andere, eine Verhandlung folgt der anderen. So geht endlose Zeit verloren, die zu Besserem ausgenutzt werden können.

Unter diesen Umständen ist es viel Erfolgswertigster heller als zu wenig. Das gilt hauptsächlich in bezug auf die Schändung des Angebots der Industrie und auf die Garantieleistung der Landwirtschaft. Genau wie der industrielle Reichsverband, frispien auch die Agrarier an die notwendigen Opfer Bedingungen inner- und außenpolitischer Art und betonen mit bestonderem Nachdruck, daß sie nur Opfer bringen, wenn ihre Bedingungen erfüllt werden. Die Behauptung, daß die Landwirtschaft bereits bei, ebenfalls 200 Millionen Goldmark zur Erfüllung der Reparationslasten fähig ist zur Verfügung zu stellen, wird bekräftigt. Die Landwirtschaft läßt sich noch nicht einmal bereit, diese Summe einzubringen, vielmehr erwarten sie, daß ihr in bezug auf die Verteilung der Lasten unter Industrie, Handel und Banken ein Vorzug zuteil wird, daß sie von allen den geringsten Anteil zu zahlen hat. So ließen die finanziell stärksten Kreise höchst gegenwärtig die Lasten aufzufinden, und es dürfte uns nicht wundern, wenn sich in den nächsten Tagen in dieser Hinsicht ein öffentlicher Streit entzündet. Dafür haben andere Sonderbeauftragter kein Verständnis, daß die Zeit drängt und eine Flotte abgeschafft werden muß. Die einwandfrei über die Garantieleistung der deutschen Ritterbank bestehen läßt.

Hier kann nur enttäuschtenes Vergrößen, gleichzeitig
Zwang helfen. Zwar denkt Herr Cuno am Tage lieber beim-
mal an seinen Rücktritt, den er bei jeder Gelegenheit androht,
als einmal an die notwendige Zukunft zum Erfüllung. Er handelt
frei in dem Bewußtsein, daß niemand Neigung zeigt, seine
Erfüllung anzunehmen. Dennoch glaubt er, daß durch Erfüllungs-
fähigkeit der Rechtfertigung des Parlaments — hierzu kommt nun die
Deutschnationalen nicht —, auf dem gegenwärtigen Reichs-
tag vorerst Eingemeindet werden kann, daß ein fristloses deutsches Ein-
gebot schnell abgeschafft werden muß. Somit wir unterscheiden
sich, in die bürgerliche Arbeitsschafflichkeit und der Sozialdemo-
kratie einer Meinung darüber, daß es möglich ist, in dem neuen
Angabe einen Gegenwartswert von 30 Milliarden Goldmark
vorzuschriften, die durch Jahresabfällungen, deren Höhe noch festzu-
legen ist, abbezahlt werden können. Wie war die Sozialdemokratie
der Erfüllung, daß die Regierung über die Höhe ihres letzten
Angabes nicht hinweggehen kann, wenn sie auch Parlamentarisch denkt
hat, daß es dem „sozialen Ausfall“ nicht ganz leicht fällt.
Ummerhin aber steht uns über die Höhe des Sanatoriums Cuno
das Werk der Volksgemeinschaft. Mit müssen endlich zu Ver-
handlungen kommen, die möglichst bald werden, wenn die Regie-
rung und Parlament dazu entschlossen, in dem neuen deutschen
Angabe eine Rundfassung an den letzten englischen Sanatoriums-
plan zu legen. Bisher mit 30 Milliarden Gegenwartswert an
und werden Gewerken geleistet, die der Kraft der deutschen Sozial-
versicherung entsprechen, dann darf man mindestens die Möglichkeit
zu einem Kommt befreien. Bei Errichtung dieses Ziels
gehört aber zunächst vor allem auch zum Erfüllung gegenüber den
inneren Zeiten der Rückblütt, den Beschäftigern. Die Reber des
Reichs zu Grunde gehen lassen als daß sie Opfer bringen.

Gefäßabbruch im Ruhrgebiet.

XXX. Fortsetzung, 30. Teil (Eig. Droscher).
Sicherlich während die Bekleidung der Poste im Ruhrgebiet am Uebergang zu den Sandsteinkreide-Domänen wurde bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts das Kleid wieder gleichheitlich in Höhe und Länge verschiedens in die Weise ebenfalls wieder aufgenommen. Und in den Sandsteinkreide-Höhenzonen und Gelenktümern in der Straße mit Ausnahme von kleinen Betriebsen beigelegt. In Kürze sind die Kleiderarten am Rheinufer wieder vollständig mit Ausnahme eines Betriebes wieder zur Geltung gelangt. Besonders gut ist es die Poste nur im Bereich Gram, wo die Kleiderarten am besten gewahrt haben. Abgesehen davon 2, 3 und 4. der Westen und Süden, ebenso wie in Westfalen nicht über Gewändern oder Kleiderarten verfügen.

Die allgemeine Erwerbsaufnahme der Kinder hat eine weitaus
größere Wirkung in bez. auf folgen Erhöhung der Erwachsenenformen.
Schen derselben erfüllt ist, daß die Erwachsenen weniger infolge des
gewöhnlichen Tages als durch die allgemeine verschärfte Zeit
erhöhten sind. Das nach dem 10. März bestehende die Erwach-
senen für eine Erwerbsaufnahme des Erwachsenen zu leicht
finden, lassen diese auf die Auswanderung und Immigranten ein. So
können kommen z. B. nach die USA und die Kolonien zur Bedeckung des
Erwachsenen zur Erwerbsaufnahme der Kinder wieder Plätze ent-
zogen werden, welche zu einer neuen Reise gebraucht werden.

nereinzeln wird versucht, die Streikenden weiterhin von der Arbeit abzuhalten. Hierbei spielen in der Hauptsache agitatorische Gründe mit. Die Kommunisten versuchen die Unionisten in der Agitation zu überbieben, und andererseits stellt die Union alles an, um die kommunistische Führung herabzusetzen oder ihr dort, wo der bewaffnete Kampf blutig und erfolglos verlief, die Schuld in die Schuhe zu schieben. Beiden Richtungen fehlt sowohl in Westfalen wie im Rheinland die einheitliche Führung. Jede Ortsgruppe magt, was ihr beliebt und was sie nach eigenem Gutdünken für notwendig hält. Erst durch die Wirkung ihrer Strategie werden sie langsam Zug. In Essen wurde z. B. von einem kommunistischen Kontrollausschuss durch Gewalt vorübergehend eine erhebliche Preisenkung vorgenommen. Der selbe Kontrollausschuss musste jedoch noch 45 Stunden die gewaltsam gesenkten Preise ganz erheblich wieder erhöhen, nachdem er zu der Einsicht gekommen war, daß seine Methode unzweckmäßig war. In Gelsenkirchen wurde der Verkauf von Waren zum Einkaufspreis mit dem Erfolg durchgeführt, daß sich von auswärts Leute einstellen und billig einkaufen, die im Besitz von Geld waren. Während die wirklich nothleidende Bevölkerung von der gewalttätigen Preisheraushebung nichts profitierte, da sie durch die sinnlosen Streiks ohne Mittel war.

Die jetzt in die Wege geleiteten gerichtlichen Verhandlungen gegen die Führer des Aufstands werden über den Ursprung der Bewegung an der Ruhr und über die Mittel, die zu diesem Zwecke aufgewandt wurden, sicherlich noch nähere Aufklärung schaffen. Dass die Franzosen ihre Hand im Spiele haben, ist kaum noch zu bezweifeln. Gibt doch selbst die französische Presse

zurück zu den französischen Truppen und kann von Ihnen die französische Presse dafür ganz bestimmte Anhaltspunkte. Aber auch andere Anzeichen sprechen dafür. Am Dienstag abend fand in Hörde eine Streikversammlung statt, in der die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde. Ein führendes Mitglied der Kommunisten, Sciech, führte in dieser Versammlung aus, daß vor 14 Tagen in Dortmund im Reinoldushof in einer kommunistischen Funktionärsversammlung ein Redner namens Eyleber aus Berlin erklärte habe, daß er mit den Franzosen über ganz bestimmte Fragen verhandelt habe. Nach seinen weiteren Angaben hat ein französischer General an die KPD das Antragen gestellt, im Ruhrgebiet die Räterepublik auszurufen. Die kommunistischen Unterhändler sollen sich hiermit unter der Voraussetzung einverstanden erklärt haben, daß die Franzosen Maschinengewehre und Munition zur Verfügung stellen. An dieser Forderung sollen dann später die Verhandlungen mit den Franzosen gescheitert sein. Sciech wurde in der Versammlung dreimal gefragt, ob das, was jetzt wichtig ist, so entschieden ist, daß das stimmt?

Sollen die blutigen Ereignisse für die Zukunft verhindert werden, dann muß vor allem dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter wenigstens das Norddurchschnitt zum Lebensunterhalt erhalten. Es ist schon eine Zumutung, die ihresgleichen sucht, wenn auf der einen Seite der Dollar fortgesetzt steigt und mit ihm die Lebensmittelpreise in die Höhe gehen, ohne daß aber auch nur das geringste getan wird, um für die Arbeiterschaft das mögliche Preis durch Lohnreduktionen herabzustellen. Auch die jetzt traktierte Erhöhung für die Bergarbeiterchaft kann mit Rücksicht auf den rapiden Sturz der Währung nur als vorläufig betrachtet werden. Darüber besteht im Führgebiet innerhalb der Arbeiterschaft nur eine Auffassung. Es muß deshalb schnell und ausreichend — entweder für eine Verbilligung der Lebensmittel eingesetzt werden — oder aber eine Steigerung der Löhne einzufordern, die zu der allgemeinen Preistiegerung im Verhältnis steht.

In Dortmund sind fünf Gewerbedelnehmter, darunter der ehemalige Verteilfreier Süß, verhaftet worden. Der Stadt Detritus ist als Strafe für eine Brüderentzündung eine Geldstrafe von 100 Millionen Mark oder 4000 Dollar auferlegt worden.

Franzen und Kommunisten.

Die Rolle General Denvignes.

Sämtlich an die Mülheimer Unruhen ging aus zahlreichen Berichten über das Verhalten der Französischen Polizei hervor, daß die Beleidigungsbehörden den zurückfließenden Elementen gegenüber zumindest „unwillige Neutralität“ übten. Dieser Eindruck hat sich bei den schweren Unruhen im Ruhrgebiet bis zur Gewissheit verstärkt, wenn auch die amtlichen französischen Stellen stets mit Entkräftigung des Gedankens von Feind weisen, als würden sie irgend eine Sympathie mit den kommunistisch-anarchistischen und sonstigen Unruhestiftern empfinden oder gar ihre Bewegung fördern.

communismus wurde und dabei folgendes ausführte:

Der General Deenrigg es hatte feinerlei Bedenken, mit den deutschen Kommunisten zu verkehren. Aber nicht allein, daß er mit ihnen verkehrte. Er ernannte sie. Ich behaupte weiter nicht, daß er sie konservativierter war; aber ich möchte keinen Eid daran schwören. Er verachtete ihnen, daß das demokratische erzieherisch einflußreiche Deutsche Volk für die Arbeiter Wohlfahrt einzutreten, daß es ihre Sache gegen die Schmerzhafte Kriegsbesetzung verteidigte, usw. Er erwiderte vor ihnen die Gedanken seines Vorgesetzten, des Generals Degonette: Niemals führt sieger der Krieg gegen die Arbeiter, sondern gegen die Industriemagnaten, nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die widerstreitigen Sozialistmänner Deutschlands.

„Das war gut, es handelte sich darum nicht mehr um eine
Reaktion, sondern um einen Angriff gegen den Kapitalis-
mus . . . und der General Denigkes gebrauchte vor den
Gästen Sibellini ungefähr biebelbe Sprache wie
heute noch.“

Was Jean Diet — der Körigens Knecht als Ruhrberichterstatter mit „Gaukler“ oft bestreiten hat, daß er über die Angelegenheiten des französischen Oberkommandos ausgesprochen unrichtig ist — sollte daher den richtigen Berichterstatter entweder den General Demignes zulassen Cachin vor den Strafgerichtshof unter Anklage zu stellen — oder Cachin zum Obersturmführer zu befördern und ihm dem General Demignes als Adjutanten im Saal des Hauses beigegeben, da ihm in diesem Verhältnis nichts zu thun.

Dieser Urteil ist, nebenbei bemerkt, am 19. Mai erschienen, so daß dem Ausbruch jener neuen Unruhen, bei denen sich die gewalttätige und sogenannte französische Militärs und deutschen Gewerkschafter und Sozialistinnen aus verdorbenen Einheiten nach einem Ego vor der öffentlichen Meinung des Auslandes stellen zu können der Sitz des französischen Regimes die widerstreitende politische und arbeiterfeindliche Politik bereit, die jemals seit zehn Jahren in Frankreich beschworen wurde, und die an der Macht, gegen Despotie und mit Rostkunst, Monarchien und Spaniensokratie bestellt, in der Hoffnung, Deutschlands

Der Verlust der berüchtigten und der internationalen Schleiferklasse aber zeigt wie die Sichtung jener Kommandanten ist, die trotz der Erfolgen ihres Zentralen Hq nicht entblößen, mit den militärischen Herausforderungen ihrer Führungsaufgaben zu pfeilen, wenn sie nicht — wie die Sichtung Stroh beweisen lässt — vom Feind leicht gefangen sind.

Die Beamten wachen auf!

Am 27. Mai tagte in Stuttgart eine Funktionärversammlung der Beamten und Arbeiter, der dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und dem ADGB. angehörsigen Gewerkschaften, einstimmig „ihre schärfste Missbilligung gegen die geradezu verständliche Lohn- und Gehaltspolitik der Regierung“ ausdrach. In der Entschließung heißt es weiter: „Die Versammlung empfindet es als eine Provokierung der Beamten und Arbeiter, daß nach wie vor eine Politik getrieben wird, welche wußt die besitzende Klasse schon und in volkschädigender Weise den Beamten und Arbeitern durch Steuerabzug, Lohn- und Gehaltsabbau und Vergrößerung der Preissteigerungen s letzte Mark aus den Knochen saugt. Die Versammlung erlaubt, daß bei künftigen Verhandlungen die Entlohnung im Werte der Goldmark angepaßt wird.“

Die Versammlung beauftragt die Organisationsleitungen, mit äußerster Einschiedenheit die Notlage der Kollegenschaft der Regierung zum Bewußtsein zu bringen. Die Versammlung sich darin einig, daß die Regierungspolitik in Lohn- und Gehaltsfragen mit dringender Notwendigkeit einen engeren organisatorischen Zusammenschluß der Beamten und Arbeiter erlangt. Die Organisationsleitungen werden beauftragt, diesen Zusammenschluß herbeizuführen. Die Funktionäre erblicken in ein durchgreifendes Mittel, sowohl der Regierung als auch den gegnerischen Gewerkschaften gegenüber die Interessen der Kollegenschaft mit allen Mitteln durchzusetzen.

Regierungskrise in Thüringen?

S.P.D. Aus Weimar wird uns geschrieben:

Seit einigen Tagen sind zwischen der BSPD. und der KPD. Verhandlungen geführt worden, um für den Freistaat Thüringen von beiden Parteien anerkanntes Programm für eine gemeinsame Regierungspolitik aufzustellen. Diese Verhandlungen sind jetzt infolge der Haltung der KPD. gescheitert, sodass die mit längerem schlechende Krise zu einer offenen Regierung geworden ist. Die Parteileitung der BSPD. hatte als Grundlage für die Verhandlungen ein Programm ausgearbeitet, das Vorschläge enthielt für Maßnahmen zum Schutze der Republik und der Arbeiterbewegung, zur wirksamen Bekämpfung des Fuchters, für eine Amnestierung der Opfer der Klassenjustiz und vor allem zur Errichtung einer Arbeiter- und Angestelltenkammer als Interessenvertretung für die Arbeitnehmerschaft des Landes Thüringen. Alle diese Vorschläge fanden vor den Augen der Kommunisten, die allerorts nach der Arbeiterregierung schreien, die sie in Thüringen haben und mit ausgestalten können, keine Wahrde. Denn sie wollen auch hier die Dinge „weitertrieben“. Daher erklärte ihre Verhandlungskommission, „dass die Vorschläge der BSPD. nicht nur keine Grundlage für eine Arbeiterregierung Thüringens bilden, sondern dass sie auch keine genügende Grundlage zu einer ferneren Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung darstelle“. Außerdem sei es für die KPD. unmöglich, auf der von der BSPD. vorgeschlagenen Grundlage die gegenwärtige Regierung weiter zu unterstützen, „da die elementarsten Forderungen der proletarischen Klasse abgelehnt werden“.

Was aber besagen diese „elementarsten Forderungen“, die die Kommunisten vertreten? Sie verlangen den Betriebsrätekongress, der dazu berufen sein soll, das „Programm der Arbeiterrégierung“ zu schaffen, Gesetzesvorschläge zu machen und die lassen für deren Durchführung zu mobilisieren. Die so vorbereiteten Gesetze sollen dem Landtag dann aufgezwungen werden. Daneben soll der Kongress die Regierung kontrollieren. Dabei ist vom kommunistischen Betriebsrätekongress im Herbst 1922 geschaffene „Landesausschüsse der Betriebsräte und Kontrollausschüsse“ so häufig zusammengebrochen, daß schon vor Wochen sein Sekretariat einging. Auf der anderen Seite hatte seinerzeit die Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB mit über 70 % vertretenen Mitgliedschaften den Betriebsrätekongress abgelehnt. Darin sprach sich die Meinung und der Wille von rund 10 000 der 250 000 freigewerkschaftlich organisierten Arbeiters des Landes aus, während die 10 000 organisierten Kommunisten Thüringens kaum ins Gewicht fallen. Ebenso scharf haben sich vorall die Organisationen der BSPD gegen die „Kontrollausschüsse“ und die „Betriebshundertschaften“, die die Kommunisten als Exekutivorgane des Betriebsrätekongresses ins Leben rufen wollten, ausgesprochen. Wenn also die Sozialdemokratie es ablehnt, diesen jetzt gestellten verspiegelen Forderungen Folge zu leisten, so respektiert sie nur den Willen ihrer Mitglieder, hinter deren Zahl die der Kommunisten verbirgt. Aber letzten Endes ist die KPD ihre übertriebenen Forderungen nur aufgestellt, um der Ablehnung durch die BSPD Sicherzugehen. In einem Augenblick, in dem es der sozialdemokratisch-kommunistischen Freiheit des thüringischen Landtages endlich ermöglicht würde, sich nach dem äußeren staatlichen Aufbau des neu geschaffenen Reichstaates, dem wichtigeren inneren Aufbau, zuzuwenden, veragt die KPD ihre Mitarbeit und wird damit zum Totengräber ihrer Arbeiterrégierung, an der teilzunehmen die BSPD sie vergebens aufgefordert hat. Und weshalb das? Neigkeit vor der Verantwortung, Liebe zum Radikalismus der Brüder, Rücksichtnahme auf die bisherige rein agitatorische Einstellung vielerer „Arbeitervertretern“ ihre Haltung und lassen sie zu Zeitern der proletarischen Landtagsmehrheit werden, die ohne weiteres auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms zur Arbeiterrégierung ermöglicht.

Die neue englische Antwort an Gotwjetrusland.

22. London, St. Mai.

Die neue englische Antwort auf die letzte Note der Sowjetpublik in der Angelegenheit des englisch-russischen Handelsvertrages ist nunmehr dem Sowjetvertreter Krassn eingehändig worden. In dieser Angelegenheit wurde außerdem in der gestrigen Sitzung des Unterhauses verschiedene Anfragen gestellt, die hauptsächlich auf die Einwirkungen dieses Vertrages auf den englischen Handel bezogen. Man hat in England bisher immer die Auffassung vertreten, daß die Vorteile dieses Abkommens ausschließlich Rußland zuteil geworden sind. In seinem Telegrammemorandum an Rußland hat Curzon ausdrücklich darauf hinwiesen, daß England der erste Staat gewesen ist, der mit Rußland einen Handelsvertrag geschlossen hat und den Bolschewisten damit die günstige Gelegenheit verschaffte, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu reorganisieren. Gestern zeigte MacNeill im Unterhaus an, daß England, wenn nötig, gut in das Handelsabkommen mit Rußland eintreten könne. Er erklärte, die Regierung habe keinerlei Nachricht bekommen, nach der eine Rückzug des englischen Abkommens als Nachteil für den englischen Handel betrachtet werde. Im Gegenteil habe sie von den Handelsstammern, an die sie sich wegen eines Gutachtens gewendet hatte, die volle Billigung ihrer Politik und die Versicherung erhalten, daß das englisch-russische Handelsabkommen merklos für einen englischen Handel sei.

Zunehmende Gefährdung der Volksgesundheit.

Von Paul Franken, M. d. L.

Dass die Verbreitung der Tuberkulose im engsten Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen steht, ist eine Tatsache, die längst unbestritten ist. Die Statistik bestätigt immer wieder den Gebhardtschen Satz: „Je niedriger das Einkommen, desto höher die Tuberkulosesterblichkeit.“ Dadurch, dass immer weitere Schichten der Bevölkerung gezwungen sind, in der Beleidigung ihrer Lebensbedürfnisse qualitativ und quantitativ Reduzierungen vorzunehmen, wird der Proletarierkrankheit der Boden zu einer Ausdehnung bereitet, die alles bisherige übersteigt. Das bringen die neuesten Zahlen der Tuberkulosestatistik deutlich zum Ausdruck.

Durch das Fortschreiten vorbeugender Maßnahmen war es vor dem Kriege gelungen, die Tuberkulosesterblichkeit zu vermindern. Die Sterblichkeitsziffer nahm mit ganz geringen Schwankungen von Jahr zu Jahr ab. In Preußen starben 1890 auf je 10.000 Einwohner 28,35 an Tuberkulose, 1913 waren 13,55 Todesfälle auf 10.000 Einwohner zu verzeichnen. Seit 1913 ist aber ein erst langsameres, dann aber rapides Anwachsen der Tuberkulosesterblichkeit zu verzeichnen. Die Einwirkungen der durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Zustände machen sich in steigendem Maße geltend.

Über die Zunahme der Tuberkuloseerkrankungen und Tuberkulosesterblichkeit wurden auf der Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose am 12. Mai in Berlin neue Zahlen mitgeteilt, die ein sprunghaftes Aufsteigen dieser Volkskrankheit ausdrücken. In den deutschen Städten mit über 100.000 Einwohnern starben auf je 10.000 Einwohner an Tuberkulose im ersten Quartal 1921: 18,0, 1922: 18,2, 1923: 20,8. Besondersen Eindruck machen die Beobachtungen des Professors Czerni: In der Berliner Universitätsklinik ist bei Kindern bis zu 15 Jahren eine „erstaunliche“ Zunahme von Lungentuberkulosen, die sonst nicht häufig sind, festzustellen. Es werden Säuglinge in die Klinik gebracht, die durch Hunger derart geschwächt sind, dass sie nicht mehr gerettet werden können.

In dem Geschäftsbericht des Zentralkomitees heißt es: „Unter dem steigenden wirtschaftlichen Druck, der zu einer Verschlechterung weiterer Schichten unseres Volkes führt, und zwar gerade solcher, die früher nicht zu den Unbemittelten zählten und fremde Fürsorge nicht in Anspruch zu nehmen brauchten, verschlechtert sich der Gesundheitszustand des ganzen Volkes, auch der noch im Erwerbsleben Stehenden und ihrer Familien, dauernd; die Notlage der Erwerbslosen und der infolge Krankheit oder Alter Erwerbsunfähigen aber nimmt eine geradezu katastrophale Entwicklung. Trotz außerordentlicher Tätigkeit der in der Tuberkulosefürsorge tätigen Ärzte, Schwestern und sonstigen Hilfskräfte nimmt die Tuberkulose in erstaunlicher Weise zu.“

Auch schulärztliche Untersuchungen stellen allorts ein Anwachsen der Tuberkulose fest. Ein kleiner Ausschnitt aus der Statistik: In Neukölln wurden Schulansänger als tuberkulös befunden: 1914: 0,5 Prozent, 1920: 1,2 Prozent, 1921: 2,5 Prozent, 1922: 3,2 Prozent.

Die wachsende Ausdehnung der Tuberkulose wird begünstigt durch das Zusammenbrechen der zur Bekämpfung geschaffenen Einrichtungen. Überall ist Gesundheitsfürsorge und Wohlfahrtspflege das Gebiet, auf dem abgebaut worden ist und, trotz größter Gefahren, weiter abgebaut wird. Heilstätten sind geschlossen worden, bei anderen ist der Betrieb stark eingeschränkt worden, anfangene Neu- und Erweiterungsgebäude sind eingestellt, Stadtärzte, Krankenhausärzte entlassen worden usw. Die Folgen müssen entschädigt werden, wenn nicht bald wirksam eingegriffen wird.

Das längst geplante Reichsgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose ist leider noch nicht geschaffen. Preußen hat nicht mehr gewartet und hat, an der Spitze der Länder marschierend, ein

Tuberkulosegesetz geschaffen. Der Kernpunkt des preußischen Gesetzes ist die Meldepflicht, nicht nur wie bisher der Todesfälle, sondern eines jeden ansteckenden Krankheitsfallen an die zuständige Fürsorgestelle und den beamten Arzt. Die zur Durchführung des Gesetzes bewilligten 100 Millionen Mark bedeuten durch die fortlaufende Geldentwertung nicht mehr viel. Wenn den Organen, die mit der Ausführung beauftragt sind, nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, dann wird auch dieses Gesetz ein Stück beschriebenes Papier bleiben.

Der klaffende Widerspruch zwischen gesetzgeberischen Absichten und der Unmöglichkeit ihrer Durchführung wegen fehlender Mittel muss endlich gelöst werden. Mit paragraffinierten Beslimmungen allein wird die Größe der Gefahr nicht kleiner. So ist auch hier der entscheidende Punkt der, endlich durch eine starke sozialheilende Heranziehung des Besitzes und durch eine grundlegende Aenderung der Wirtschaftspolitik überhaupt die Mittel zu beschaffen, die notwendig sind, um die Bekämpfung dieser vorheerenden Volkskrankheit, der Tuberkulose, wirksam zu gestalten.

Die fortlaufende Gefährdung der Volksgesundheit bedeutet ein Vernichten und Zerstören wertvoller volkswirtschaftlicher Kräfte. Wenn nicht bald durch eine zweckentsprechende Wirtschafts- und Steuerpolitik das Lebensinteresse der produktiv Tätigen höher bewertet wird als die Interessenpolitik einer kleinen Minderheit von Sachverständigen, dann wird die volksgesundheitliche Schädigung Formen annehmen, deren Überwindung und Heilung in Frage gestellt ist.

Volkswirtschaft.

Deutsche Werke A.-G.

Nach den vielen Anseindungen der Privatindustrie und den schweren Schädigungen, die die „Deutsche Werke A.-G.“ durch die Beschlüsse der Entente erfahren hat, ist der Abschluss dieses in den Händen des Reiches befindlichen Unternehmens von besonderem Interesse. Obwohl die Deutschen Werke immer noch durch die Umstellung ihrer früher auf Heeresbedarf eingestellten Betriebe zur Friedensproduktion stark in Anspruch genommen sind, können sie bereits in ihrem dritten Geschäftsjahr einen Überschuss von 5,3 Milliarden erzielen und an das Reich eine Dividende von 20 Prozent abführen. Die Dividende nimmt aber mit 80 Millionen Mark nur einen kleinen Teil des Bruttoeinkommens in Anspruch. Der weitaus überwiegende Teil, nämlich 3,66 Milliarden, wurden zu Abschreibungen und Rückstellungen vermaudert, welche das Unternehmen innerlich trügt. Aus dem Geschäftsjahr, der alle Einzelheiten der Produktion kurz beleuchtet, spricht der tatkräftige Willen, den in den Händen der Gemeinwirtschaft liegenden Betrieben ein weites Abzugsgebiet zu schaffen und die großen Fabrikationslagen auf das intensive auszunutzen. Die tatkräftige Entwicklung der Deutschen Werke ist ein schlagender Beweis dafür, dass auch gemeinwirtschaftliche Betriebe durchaus in der

Devisen-Kurse.

Berlin, 31. Mai.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	30. Mai.	29. Mai.
Amsterdam	1 fl.	28526,06
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	3401,47
Kristiania	1 Kr.	9850,81
Kopenhagen	1 Kr.	11062,27
Stockholm	1 Kr.	15910,12
Helsingfors	1 finn. Mk.	1659,84
Rom	1 Lire	2857,83
London	1 £	276807,50
Neu York	1 Dollar	59850,-
Paris	1 Frs.	3975,03
Zürich	1 Frs.	10862,77
Madrid	1 Pesetas	9142,08
Wien	100 Kr.	84,78
Prag	1 Kr.	1800,48
Budapest	1 Kr.	11,22
		11,42

Lage sind, wirtschaftlich zu arbeiten. Die Fabel vom „Anproduktivität sozialisierter Werke“, die noch immer in den Köpfen fanatischer Manchesterleute spukt, ist damit endgültig erledigt; Voraussetzung ist nur, dass man die richtige Organisationsform für derartige Betriebe findet.

Vermischte Nachrichten.

Massenansturm der Amerikaner auf Europa. Den amerikanischen Zeitungen zufolge werden in diesem Jahre mehr Amerikaner als jemals zuvor ihre Sommerferien in Europa verbringen. Es wird von einem Massenansturm auf sämtliche Ozeandampfer berichtet; ungefähr hundert mal so viel Amerikaner als im Vorjahr werden im Sommer 1923 die Europafährt machen. Über das Reiseziel schreibt die New York Tribune: Der amerikanische Mittelständler braucht in einer amerikanischen Sommerfrische pro Kopf und Tag 2 Dollars. Für diesen Beitrag wird er in Deutschland an der Nord- und Ostsee, in Bayern, im Harz und im Schwarzwald, in Wiesbaden oder Mainz am Rhein ausgeweidet leben können. Ja sogar wahrscheinlich billiger. Für diesen Beitrag (es sind ungefähr 12 Schweizer Franken) kann er auch in der Schweiz in jedem schönen, komfortablen Hotel zweiten Ranges volle Pension bekommen, er wird damit auch in Italien auskommen, in den herrlichen Dolomiten sogar mit weniger. Gewiss aber muss der amerikanische Mittelständler vor dem Besuch Österreichs gehen. Auf dem Semmering, in Tschirn und Gründlach, im Salzammergut, in Bad Gastein und in den Orten an den Gebirgsseen wird der Amerikaner zu seinem Entzügen erfahren, dass er mindestens 4 Dollar pro Tag brauchen wird. Am Semmering kommt man in den großen Hotels bei mäßiger Verpflegung und dem enormen Zimmerpreis, den verschiedenen staatlichen Abgaben, den ewigen oft in unverschämtem Ton geforderten Trinkgeldern und allen Nebenausgaben nicht unter 7 Dollars pro Tag aus. Zusammenfassend: Amerikaner, die Geld sparen wollen, gehen nach Deutschland, solche, die nicht sparen aber auch nicht mehr ausgeben wollen als in der Heimat, halten sich in der Schweiz, in Italien, in Dänemark und Holland auf, nur die ganz Reichen dürfen es wagen, Österreich zu besuchen.

In 12 Stunden Amerika übersogen. Der amerikanische Fliegeroffizier Lieutenant Harrison Crocker überflog die Vereinigten Staaten in ihrer ganzen Südostlänge vom Golf von Mexiko bis zur kanadischen Grenze, insgesamt 2250 Kilometer in 11 Stunden 34 Minuten.

10.000 Mädchenbeine. Aus New York wird der „Frank. Ztg.“ berichten: Es ist hier die Länge von 10.000 „limbs“ ermittelt worden. Räumlich in der etwas prüden englischen Sprache hat die Frau eigentlich kein „leg“ (Bein), sondern ein „limb“ (Glied). Im Deutschen magst man weniger Umstände, ein Bein ist ein Bein ob's einem Manne oder einer Frau gehört. Aber um wieder auf biologische „limbs“ zurückzukommen - sie gehörten 5000 Angestellten einer hiesigen Versicherungsgesellschaft und die Messung hatte den Zweck zu ermitteln, ob bei der Herstellung von Seidenstrümpfen an Material gespart werden könnte. Die neuzeitliche Verarbeitung des Rohseide droht nämlich den Profit der Fabrikanten bedeutend zu verringern. Es musste also etwas getan werden und ein blauer Kopf in dem Fabrikantenbund meinte, wenn man jeden Strumpf um 1 oder 2 Zoll kürzer machen könnte, würden die Mehrausgaben für das Rohmaterial eingebracht werden. Und jetzt machen sich die Statistiken an die Arbeit. Sie messen die erwähnten 10.000 „limbs“ und ermittelten die Durchschnittslänge auf 40 Zoll. Und aus 5000 roten Männchen kam den Statistern die Versicherung, die bisherige Strümpflänge von 30 Zoll könne ganz gut auf 28½ oder selbst auf 25 Zoll herabgesetzt werden, das macht der Trägerin nichts aus. Und so werden die Strümpfe kürzer.

Berantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Neumünster Hermann Bauer; für Kaiserreich Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Unreinigkeiten im Blut

sollte jeder schnellstens beseitigen. Wie raten Ihnen 30 Gramm Herbez-Kerne zu kauen, wovon Sie nach Bedarf 1-2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10.

„Sie sagten, sie will keine Kriegerbraut sein, weil sie ja besser aus mich warten könne.“ Einige lächeln.

„Ich darf nicht frank werden und sterben. So lange habe ich mich wegen diesem Mädel sauber gehalten. Ich darf nicht.“ sagte der Mann zu Fuselli.

Fuselli sah sich schon im Bett mit geschwollenem Haken liegen, während Arme und Beine steif wurden, immer steifer.

Ein rotgesichtiger Mann im Gang begann zu sprechen: „Wenn ich daran denke, wie die Leute zu Hause mich brauchen, wäre ich keine Angst. Weiß nicht, warum.“ Er lachte ironisch. Keiner stimmte in das Lachen ein.

„Ist es sehr ansteckend?“ fragte Fuselli den Mann neben ihm.

„Sehr ansteckend“ antwortete der feierlich.

„Das Furchterlichste daran ist,“ sagte ein anderer mit schräger, hysterischer Stimme, den Haken hinunter zum Frack vorgeworfen zu werden. Sie haben kein Recht, Jonas zu tun, auch in Kriegszeiten nicht. Sie dürfen einen Christenmenschen nicht wie einen toten Hund behandeln.“

„Sie können alles tun, was ihnen beliebt, mein Lieber. Wer soll sie wohl daran hindern“, schrie der Rotgesichtige.

„Wenn's ein Offizier wäre, würden sie ihn nicht so hässlich schmeißen,“ kam die scharfe, hysterische Stimme wieder.

„Halt die Schnauze!“ lachte jemand. „Mach' keine Dummheiten!“

„Sag 'mal, ist das nicht gefährlich, hier oben so lange zu warten, wo die Kerls frank liegen,“ flüsterte Fuselli zu dem Mann neben ihm.

„Glaub' schon, mein Junge,“ kam die Stimme des anderen.

Fuselli schwob sich türrwärts durch. „Läßt mich raus, Kerls, ich muss sozusagen,“ sagte er. „Ich werde Ihnen sagen, dachte er, „dass es hier verschlossen war. Die werden nie herkommen, um zu kontrollieren.“

Wie er die Tür öffnete, dachte er: ich werde jetzt zurück zu meinem Bettkasten trudeln. Er fühlte seinen Haken schon an, schwollen und seine Hände vor Fleisch brennen. Arme und Beine steif werden, bis alles ausgelöscht sein würde im Schwarz des Todes.

Doch das Schreien des Windes und der sprühende Schaum auf dem Bett ertränken jeden anderen Gedanken.

Fuselli und ein anderer Mann trugen den Abfallimer die Treppe hinauf. Er roch nach ranzigem Fett und Käsesatz und unreinen Saucen, die ihnen über die Hauer ließen, wie sie sich hinaufstürmten. Endlich wurden sie auf Bett hinaufgeschleudert, wo ein freier Wind aus schwarzer Nacht blies. Sie schwankten an die Reeling und leerten den Eimer in die Dunkelheit. Das Geräusch des fallenden Inhalts verlor sich im Klatschen der Wellen und im Rauschen des Wassers, das an den Seiten des Schiffes entlang floß. Fuselli schwob sich hinüber und sah in die schwache Wasserscheinzen hinein, die das einzige Licht in dem ganzen schwarzen Boot war. Nie noch hatte er eine solche Dunkelheit schwarzem Boot war. Nie noch hatte er eine solche Dunkelheit.

Er klammerte sich mit beiden Händen an die Reeling an, fühlte sich ganz verloren und erschreckt in der Dunkelheit, in dem Heulen des Windes in seinen Ohren und dem Geräusch des Wassers, das vom Schiff entlang schwunzte.

(Fortsetzung folgt.)

Drei Soldaten.

Roman von Jon das Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Julian Summers. Nachdruck verboten. Der Mauk-Verlag, Berlin.

9. Fortsetzung.

„Fuselli,“ sagte der Obersergeant, „bring' mir das Instrumentenbuch in mein Büro!“ 213 auf dem unteren Deck.“

„Zu Befehl,“ sagte Fuselli schnell.

Er bewunderte den Obersergeant sehr und wünschte sich, seine ionische, befahlshaberische Art nachmachen zu können.

Es war das erste Mal, dass er sich im oberen Teil des Schiffes befand. Es erschien eine andere Welt. Die langen Korridore mit roten Teppichen, der weiße Lack, das schöne Gesims an den Querwänden, die Offiziere, die nach Belieben hin und her gingen - all das ließ ihm an die großen Dampfer denken, die er zu beobachten pflegte, wenn sie durch das „Golden Gate“ hereinfuhren, jene Dampfer, auf denen er nach Europa fahren wollte, wenn er reich sein würde.

„Oh, wenn er nur Sergeant erster Klasse wäre! Dann würde all dieser Komfort, all diese Schönheit ihm gehören.“

Er fand die Nummer und klopfte an die Tür. Lachen und lautes Sprechen kam aus der Kabine.

„Wart'n Augenblick!“ rief eine unfreundliche Stimme.

„Sergeant Olster hier?“

„Das ist einer meiner Leute,“ hörte er die Stimme des Sergeanten. „Wollen ihn reinlassen. Der wird uns nicht verpetzen.“

Die Tür öffnete sich, und er sah den Sergeanten Olster und zwei andere junge Männer, die ihre Beine über die vollgestopften Bettdecken heraushangen ließen. Sie unterhielten sich angeregt und lachten Glöckchen in den Händen.

„Paris, das ist 'ne Stadt. Ich sage dir“, sprach einer. „Die Mädels sollen sich einem da einfach auf der Hauptstraße an den Hals werfen.“

„Hier sind die Instruktionen, Sergeant“, sagte Fuselli steif in bester militärischer Haltung.

„Danke. Ich brauche nichts weiter“, sagte der Sergeant.

Seine Stimme war jovialer denn je. „Gott' nicht über Bord, wie der Mann aus der Kompanie C.“

Fuselli lächelte, als er die Tür schloss, wurde aber plötzlich ernst, als er daran dachte, dass einer der jungen Männer auf seinem Haken das Abzeichen des Unterleutnants trug. „Donnerwetter“, sagte er zu sich selbst, „ich hätte grüßen sollen.“

Er wartete einen Augenblick draußen vor der verschlossenen Tür, horchte auf das Spiel und das Gelächter und wünschte, er gehörte zu dieser fröhlichen Gruppe, die über Weiber in Paris lacht. Er begann zu denken: „Sobald wir drüber sind, werde ich leichter Geister, dann, in einigen Monaten, kann ich Korporal sein. Gibt es viel Dienst, werde ich noch schneller vorwärts kommen.“

„Ich darf keine Dummheiten machen, ich darf keine Dummen machen“, sagte er zu sich selbst, als er die Leiter hinunterstieg. Und er vergaß wieder alles über der See, was in ihm auströmte.

„Warum hast du denn nicht vorher geheiratet?“ fragte der Sergeant höhnend.</

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 31. Mai.

2100 Mrk. — 25,5 Millionen.

Der Markttag hat für die Zeitungen eine ungeheure Katastrophe im Gefolge. Die in Berlin im Reichswirtschaftsministerium mit den Papierfabrikanten geführten Verhandlungen haben ein Ergebnis gezeigt, das nach vor wenigen Tagen niemals für möglich gehalten hätte. Der Durchschnittspreis ist für den kommenden Monat um 60% höher als zu Beginn des Monats Mai. Von 15,5 Millionen Mark ist der Preis für den Waggon-Zeitungsdrußpapier plötzlich auf 25,5 Millionen Mark erhöht worden. Die Furchtbarkeit dieser Zahl wird am besten illustriert, indem man daran erinnert, daß im Frieden die gleiche Menge nur 2100 Mark kostet hat. Die Steigerung beträgt also mehr als das 12.000fache des Friedenspreises.

Im rasenden Tempo gehen die Preise für alle Materialien zur Herstellung der Zeitung in die Höhe. Die Zellstoff-Fabrikanten setzen den Preis für den Zellstoff nach dem Dollarkurs fest. Angesichts dieser bedauerlichen Beziehung sind fiktive Zeitungspreise gezwungen, die Bezugspreise ihrer Zeitungen sehr stark zu steigern. Wir haben uns bisher bemüht — unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage unserer Leiter — den Abonnementspreis so niedrig als möglich zu halten und werden auch diesmal die volle Auswirkung der gestiegenen und noch steigenden Preise der Druckmaterialien, des Papiers usw. für Ju' i noch nicht in Rechnung stellen. Wir vertrauen auf die stets bewiesene Einsicht und Opferbereitigkeit unserer Genossen, daß sie trotz der notwendigen Erhöhung des Bezugspreises für die Verbreitung des Volksboten nach wie vor eintreten.

Die Zukunft der Arbeiterbewegung steht auf dem Spiel, wenn nicht jetzt, in der schwersten Zeit der Krise, alle Kräfte der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Reaktion zusammengeführt werden. Unmöglich! Schlimmes hat jeder von uns durchzumachen. Doch noch viel schlimmer würde die Lage sein, wenn die festste Grundlage der Arbeiterbewegung, die sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Presse in ihrer Kraft geschmäht würde. Schützt den Bestand der Partei und der Presse. Werbt neue Mitglieder und Leiter!

Erhöhung der Post- und Fernsprechgebühren.

Ab 1. Juli werden die Fernsprechgebühren verzerracht. Die Jahresgrundgebühr für einen Hauptanschluß betragen 50 400 bis 91 200 Mr., je nach der Anschlußzahl. Ortsgebühren 120 Mr., Fernsprechgebühren bei einer Entfernung bis 5 Kilometern einschließlich 120 Mr., von mehr als 5 bis 15 Kilometern 300 Mr., steigend bis 5400 Mark für 600 Kilometer. — Im Reichspostministerium sind die Vorarbeiten für die bevorstehende Gebührenterhöhung nun mehr beendet. Der Reichspostminister wird dem Verkehrsminister, der am nächsten Dienstag zusammentritt, eine Vorlage unterbreiten, in der bei den Postkarten, Briefen, Drucksachen, Warenproben und Packen durchweg eine Verdopplung der jetzigen Säße vorgeschlagen wird. Die Telegrammgebühren sollen gleichfalls verdoppelt werden. Im Paketverkehr, bei dem die zugestzt eingeführte Dreizonensteuerung sich bewährt hat, soll die Erhöhung rund 50 Prozent betragen. Die Gebühren für Postanweisungen sind wie folgt vorgesehen: Bis zu 5000 Mr. 100 Mr., von 5000—10 000 Mr. 200 Mr., von 10 000—50 000 Mr. 400 Mr., von 50 000—160 000 Mr. 600 Mr., von 100 000—250 000 Mr. 800 Mr. und von 150 000—500 000 Mr. 1000 Mr. Der Höchstbetrag soll von 100 000 Mr. auf 500 000 Mr. erhöht werden.

Kommunisten und Konsumverein.

Die "Volkswoche" bringt einen Bericht über die letzte Generalsammlung des Konsumvereins für Lübeck und Umgebung, in dem von oben bis unten nur die Weisheit des Kommunismus Machleidt verzaubert wird. Alles ab behauptet der Mann, wenn nicht nach der kommunistischen Pfeife getanzt werde, würden die Proletarier bei der nächsten Wahl (zur Bürgerschaft) fernbleiben oder für die Bürgerliche stimmen. Wir haben noch nie eine große Meinung von der politischen Charakterstärke der kommunistischen Mithreier gehabt; wenn aber die kommunistischen Großen ihre Leute selbst so niedrig einschätzen, dann muß es noch schlimmer bestellt sein als offensichtlich autage tritt. Doch dies tut nebenbei. Interessant ist, daß in dem halbherzigen Gefüre gegen den Konsumverein der Demokratie das Wort gesprochen wird. Das ist immerhin aus kommunistischem Munde etwas. Wiederum begreiflich, wenn man den Zweck der kommunistischen Quertriebereien kennt. Ohne uns lange mit den Wehrleidstrünen des Artikelschreibers aufzuhalten, wollen wir einmal an drastischen Beispielen zeigen, wie man in Russland die Demokratie in den Genossenschaften verwirklicht. Da nach Machleidt die meisten Arbeiter kein Vertrauen zum Konsum haben, werden sie es wohl gewinnen, wenn man nach dem Geheimbefehl der Tscheka handelt, die in dem unterdrückten Georgien also handelte:

"Ihr erhaltet im Auftrage des Parteiausschusses den fatacischen Befehl, bis zum 1. November die Vorbereitungen für die Übernahme aller Genossenschaften zu beenden. Ergebt alle Maßnahmen, damit an der Versammlung des zentralen Genossenschaftsverbandes lediglich Kommunisten erscheinen."

In einem "Tscheka"-Befehl an den Genossenschaftsverband im Distrikt Sighnagi wurde gefragt:

Künftig dürfen keine Wahlen ohne Unwissenheit eines Vertreters des politischen (kommunistischen) Bureaus mehr stattfinden. Im Falle der Zwiderhandlung wird der Präsident des georgischen Genossenschaftsverbandes zur Rüthenhaft gezozen.

Im Dorfe Nieder-Matchchani erschienen trotz aller Drohungen die Bewohner zahlreich zur Versammlung und wählten mit großer Mehrheit Personen nach ihrem Sinn. Am folgenden Tage wurde das Protokoll der Versammlung eingereicht, und am dritten Tage wurden die gewählten Delegierten eingeliefert. Am 5. November fand eine neue Distriktsversammlung statt. Die Mehrheit der anwesenden Delegierten, in der Haupthalle die Vorsitzenden der Parteiausschüsse und die Führer der Kämpfer, legten den Vorstand des Genossenschaftsverbandes ab und ernannten statt dessen Männer aus ihren Reihen.

Im Dorfe Metcheti behandelte der kommunistische Inspektor die Vorstandsmitglieder als Diebe und zwang sie die Reparatur, einen neuen Vorstand zu wählen. Als die Mitglieder der Genossenschaft sagten, sie hätten volles Vertrauen zu ihrem Vorstand, dessen Mitglieder für sie durchaus ehrwerte Leute seien, bedrohte der kommunistische Inspektor alle diejenigen, die nicht für seine Kandidaten stimmen wollten, mit dem Verbannen.

Die Delegierten der Genossenschaft in Gori wurden noch vor dem Zusammentritt der Versammlung verhaftet, und in der Versammlung ging man so aggressiv gegen alle vor, die verdächtigt zu sein oder den kommunistischen Anshauungen nicht zuzuneigen schienen.

Am 3. April 1922 schrieb der Vorstand der Konsumgenossenschaft des Ortes Malchowka-St.-Soratajuli an den Genossenschaftsverband in Tiflis: "Der Ausschuß der kommunistischen Partei hat in seiner Sitzung vom 2. April ds. Js. folgenden Beschluß gefasst: Die genossenschaftliche Verkaufsstelle wird sofort geschlossen. Die Waren werden an die Mitglieder verteilt. Das Geschäft wird Einzelpersonen übertragen. Die Mitglieder der Genossenschaft waren in der Minorität. Der Ausschuß hat das ausgenutzt, obwohl die in der Minorität des kommunistischen Bureaus nicht Mitglieder sind. Wir bitten dringend, sofort einen Aufruhr zu schicken, um den endgültigen Ruin der Genossenschaft abzuwenden."

Die Gendarmerie des Bezirks Lantekhouti schrieb am 27. Mai an den Vorstand des dortigen Verbandes: "In Verfolg des Beschlusses des kommunistischen Parteiausschusses im Distrikt Lantekhouti ordnen wir an, daß die nachfolgend aufgezählten Personen nicht wieder in Ihrem Verbande beschäftigt werden sollen vier Namen, darunter ein weiblicher). Im Falle der Zwiderhandlung werden strengste Maßregeln ergriffen."

Am 28. Mai 1922 telegraphierte der Verband von Katheti an die staatliche Genossenschaftsabteilung: "Der Sowjet Alghani im Distrikt Tionoti hat unsere genossenschaftlichen Verkaufsstellen ohne jeden Grund geschlossen und verlangt, ihm unsere Rechnungen zu präsentieren."

Am 30. Mai 1922 erhielt der Vorstand des Genossenschaftsverbandes von Lantekhouti vom Chef der Tscheka ein Schreiben: "Gemäß dem Beschuß des kommunistischen Parteiausschusses werden heute alle Angestellten, die nicht zur Arbeit erscheinen und an den Demonstrationen vom 24. Mai teilgenommen haben, entlassen. Außerdem empfehlen wir Ihnen, an Stelle der Entlassenen die Personen einzustellen, die wir Ihnen namhaft machen."

Am 29. Dezember 1921 telegraphiert der Verband von Gori: "Die Gendarmerie in Gori nimmt uns auf Befehl der Arbeitsabteilung mit Gewalt zu Werkzeug und Pferde für den Bedarf der kommunistischen Partei fort..."

Das sind nur einige Beispiele aus der Fülle des Materials.

Da nach Machleidt die Konsumarbeiter proletarisiert werden müssen, die Kommunisten also die Konsumvereine erobern wollen, so haben wir schöne Zeiten vor uns. Die obigen Beispiele zeigen, wie die Moskauer die Demokratie in den Konsumvereinen ausspielen. Wer die Konsumvereine vor einem verderblichen Schicksal bewahren will, der trete den kommunistischen Wühleren energisch entgegen. Auch auf die Gefahr hin, daß die "Proletarier" bei den nächsten Wahlen für die Bürgerlichen stimmen. Dass die Kommunisten mit diesem Wort Schindländer treiben, zeigt die dumme Beweisung an sich schon.

Jetzt wird es uns aber zu futtern!

Wir haben den stampelnden und tobenden Totalredakteur des "General-Anzeigers" gestern mit einem nachtsichtigen Lächeln nach Hause geschickt. Wenn einem Kind die schönste Suppe zerstochen wird, so hat es ein Recht dazu, Tränen flossen zu lassen. Über wenn solche unartigen Kinder dann unverkant und unzogen werden, so müssen sie doch etwas heftiger angekettet werden.

1. Wir sehen ein, Herr Knie, daß Leute von Ihnen nicht das Recht und den Stolz der eigenen freien Meinung. Ein Sozialdemokrat verläßt seine Stellung, er läßt sich brutal machen, geht in das Elend und den Hunger. Über eins tut er nie, solange er Sozialdemokrat ist: er läßt durch kleinste äußere Rücksichten oder Beeinflussungen seine eigene Meinungsäußerung beeinflussen; er verläßt sich nie auf seine eigene Meinung, dann gäbe er sich für General-Anzeigerredakteur werden.

2. Wir haben schon mehrmals Ihre dummen und plumpen Fällungen festgenagelt. Wir könnten es auch heute wieder tun. Über der Plakat ist zu schade; denn denktigen Ihrer Leser, die auch Ihren Textteil lesen, ist doch nicht mehr zu helfen in diesem Leben.

3. Gewiß liegt der "Volksbote"; wer die Wahrheit sagt, heißt immer Selbstverständlichkeit wäre es besser — für Sie, wenn der "Volksbote" nicht heißt, wenn das Volk auch bei uns General-Anzeiger-Suppe serviert bekomme. Dann gäbe es keine Demonstrationen, dann gäbe es auch keine Sozialdemokratie. Dann gäbe es nur — Sie. Ein bequemer Zustand wäre das — nicht wahr?

4. Sprechen Sie doch nicht von Rechtswasser. Die Rechtswasserfamilien sind eine rein bürgerliche Einrichtung. Wenn der brave Bürger nicht mehr weiter weiß, so schützt man ihn immer in — kalte Ferien. Schenken Sie sich also vor!

5. Grönemahn? Meintewegen! Immer noch lieber das, als getraut Laius der Herren mit Geld und der Herren mit Späulettien!

6. Unser Kollege von den "Neuesten Nachrichten" ist futterneidisch geworden. Und hatt wir auch los. Zuerst gegen den Senator Mehrlein. Dass dieser nicht einfach im Amtsjustizministerium sich wehrte, sondern wie ein politischer Mensch seine Aufführung niederschrie, das wird kritisiert. Seiner wird sich der Genosse Mehrlein über eine Kritik so freut haben. Denn dass ein Sozialdemokrat auch durch und durch Sozialdemokrat und in erster Linie Politiker bleibt, wenn er Senator oder Minister geworden ist, das ist eine unserer ersten und höchsten Forderungen. Paragrafen- und Amtsjustizminister haben wir ja schon genug!

7. Redet nur nicht so viel von den Angehörigen der Gefallenen. Beim sozialdemokratischen Demonstrationzug waren zehnmal mehr Hinterbliebene, als der Kriegerverein in ganz Nordwestdeutschland zusammengefunden hatte.

8. Weshalb sprechen die Lübecker Neuesten Nachrichten nicht von der unglaublichen Dolosfrage des Divisionsgenerals? Dann können sie mit ihrem ewigen Geplapper von "unpo. ißt" doch sehr schwer ins Gedränge.

9. Nein, den Gefrankten spielt der "Volksbote" nicht! Und auch nicht den Ungefährdeten! Er nimmt mit Stolz für sich in Anspruch, sein Teil zu der gewaltigen Beteiligung an der sozialdemokratischen Demonstration beigetragen zu haben. Er wird in jedem gleichen Falle wieder gleich handeln. Denn er ist ein sozialdemokratisches Kommissariat und keine Romantüre für alte Damen und schwüle Spießbürger. Und seine Redakteure sind keine Briefstempelns und auch keine in Kriegervereinen gewidmet bestreitende Rechtsnotarinnen.

10. Und nun eine Schlüßüberlegung. Der "Volksbote" ruft die Sozialdemokraten zu einer Demonstration; daß er zur Ordnung und Disziplin auffordert, ist selbstverständlich. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten wird abgelehnt, da deren Ziele andere sind als die mitigen, die wir bei jeder Gelegenheit die schwierigsten Kämpfe mit dieser Partei der Anteilnehmern führen möchten. Der "Volksbote" kommt nicht einmal, sondern gehorcht die sozialdemokratischen Freuden.

sich von den Kommunisten irgendwie aufzupassen zu lassen. Und die Disziplin der Sozialdemokraten ist geradezu musterhaft. Einige Kommunisten allerdings machen, was ja auch zu erwarten war, Skandal. Bei dieser Sachlage nun schimpft die gesamte bürgerliche Presse gemeinsam auf den "Volksboten", auf Dr. L. Ist es da ein Wunder, wenn Herr Knie das Gefühl hat, nach fasten Wasser rufen zu müssen? Nach dem ersten Durste kann er vielleicht den Strom weiterleiten zu seinen Kollegen. Denn ganz so falt scheinen diese es doch nicht zu gebrauchen.

Zum Schluß: Dem Bürgeramt ist, wie die letzten Tage klar beweisen, der "Volksbote" und Dr. L. wichtiger und furchtbarer als sämtliche kommunistischen Radikalmaher und Großsprecher zusammengekommen. Sollte das nicht ein bedeutsamer Wink sein für viele Proletarier?

St.-Petri-Ausichtsturm wieder geöffnet! Unter Bezugnahme auf die Aussegnungsweg wegen des St.-Petri-Ausichtsturmes ist erfreulicherweise in einer Verhandlung der Vorstände des Fremdenverkehrsvereins und der Betriebsgemeinde vereinbart worden, daß es auf weiteres der Turm um 11½, 1½ und 3½ Uhr geöffnet sein wird. Der neue Führer wohnt kleine Riesau 1.

Auszahlung erhöhter Beträge an die Sozialrentner. In den ersten Tagen des Monats Juni werden die für diesen Monat nach den bisherigen Sätzen zustehenden Beihilfen ausgezahlt. Um die Sozialrentner auf die doch in albernster Zeit bevorstehenden Erhöhung der Unterstützung nicht fast einen ganzen Monat warten lassen zu müssen sind dem Wohlfahrtsamt auf seinen Antrag von der Finanzbehörde die erforderlichen Mittel zur Gewährung von Vorschüssen auf die zu erwartende Nachzahlung zur Verfügung gestellt worden. Demgemäß werden die Sozialrentner Anfang nächsten Monats unter den bisherigen Unterstützungen noch folgende Vorschüsse erhalten: die Juristenrentner, die Ruherente und die Witwenrentner 20 000 Mark. Soweit für im Heiligen Kreuz-Hospital untergebracht sind, jedoch nur 15 000 Mr., und die Witwenrentner 10 000 Mark. Die Berechnung der Vorschüsse wird bei der nächsten Zahlung im Juli erfolgen.

1. Gau tag des Gaves V (Nordwest-Denkmal) des Deutschen Angestellten. Man schreibt aus: Am Sonntag vormittag 10 Uhr begann die Tagung im Hause der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit. Als geladene Gäste waren erschienener Vertreter des Senates, des Polizeiamtes, der Finanzbehörde, der Bürgermeisterei und des Feuerwehrwesens. Eröffnungsrede vertonte fanden statt von Dr. Peters-Hamburg über den Deutschen Angestellten und von Dr. Martin über die Freiheit der Kirche und ihre Verfassung. Interessant waren die Ausführungen des Harburger Vertreters, der mitteilte, daß in Hamburg und seiner näheren Umgebung alle Gewässer dem Sportanglerverein zur Verfügung stehen und nur Mitglieder die Berechtigung zur Übung des Sports haben. Als Tagungsort des nächsten Gauortes wurde Harburg bestimmt.

ph. Vermißt. Seit dem 25. Mai wird die Witwe Bertha Bernstorff geb. Wagner, geb am 7. 8. 1852 in Tegelhüll bei Bromberg, aus ihrer am Burgfeld Baracke 6 belegenen Wohnung vermisst. Die Vermisste, die 1,68 Meter groß ist, ist von schlanker Gestalt, hat grauweißes Haar. Bekleidet war sie bei ihrem Verschwinden mit schwarzer Kopftuch, grauer Bluse, grauem Kleid mit gelben Punkten und hellbraunem Untergewand. Ihre rechte Hand trug sie verbunden. Personen, die über den letzten Aufenthalt der Vermissten Auskunft geben können, werden ermuntert, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Badeanstalt Kalkendamm. Die Wasserwärme betrug am frühen Morgen 11 Uhr 15 Grad, die Luftwärme 14 Grad.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Hammer-Theater. Heute Donnerstag, 8 Uhr: Abschiedsabend der Künstlerschaft des Hamburger Carl-Schulze-Theaters: "Die tolle Oola". Freitag geschlossen. Sonnabend 8 Uhr findet ein einziges Tanzattestspiel von Elisabeth Gräbe, Primaballerina an der Staatsoper Berlin.

Stadttheater. Freitag 7 Uhr zum letzten Mal: Parkpal.

Die Dramatische Vereinigung von 1920 veranstaltet am Sonnabend, dem 2. Juni, abends 8 Uhr in der Hora eine Wiederholung des Dramas "Die letzte Dag" von Chr. Schröder zum Besten der Familien Erwerbsloser Lübecks. Den Vorverkauf der Eintrittskarten haben die Firmen Ernst Robert, Breite Straße 29 und Ed. Rohrich, Holstenstraße 2 übernommen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Verbot politischer Kundgebungen. Der Senat hat zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gemäß Artikel 49 der Reichsverfassung sämtliche für den 31. Mai geplanten politischen Kundgebungen verboten. Unter dieses Verbot fallen insbesondere: Kraft gesetzlich, unter dieses Verbot fallen insbesondere: Die Stageraffair der Deutschen Volkspartei, die Stageraffair des Jugendbundes der Deutschen Volkspartei, die Demonstration der Vereinigung "Republik" und die von der Kommunistischen Partei Deutschlands angeführten Kundgebungen. Das Echo bemerkt dazu: So erklärlich und richtig dies allgemeine Verbot erscheinen mag, so ist doch zu bedauern, daß dem republikanisch geprägten Teile der Bevölkerung damit die Gelegenheit genommen ist, einmal energisch und mächtig den dauernden Herausforderungen der nationalsozialistischen Hysterie entgegenzutreten. Bei Sagebiel könnten sie sich leichts ungehindert austoben. Fest bewahrt sie das Verbot davor, ihren Platz zu beweisen, wenn Anderesgegnante zugegen sind.

E. Hamburg. Lebendes Vieh aus Südafrika. Mit dem Dampfer "Urundi" sind nach einer amtlichen Meldung 200 lebende Schlachtrinder aus Südafrika gekümmert, hier eingetroffen und mit der Eisenbahn nach dem deutschen Binnenlande geschafft worden. An die Meldung war die Bemerkung geknüpft, daß die Einfuhr lebender Schlachtrinder nicht im Sinne einer Besserung der deutschen Fleischernährung zu begreifen sei, sondern auch für die deutschen Farmer in Südafrika einen nicht unwesentlichen wirtschaftlichen Vorteil bedeutet. Das letztere mag wohl zutreffen, das erste aber nicht. Denn es ist leider nicht wahr, daß dieses deutsch-südafrikanische Vieh der deutschen Fleischernährung zugute kommt. Von den sechzehn Transportwagen, in die das Vieh verladen ist, gehen drei zwischen Basel und mit drei vorläufig nach dem Binnenlande; wohin sie in Wirklichkeit gehen, ist noch unbekannt. Den auf dem Hamburger Schlachtfeld zur Begleitung des Transports angeworbenen Treibern wurde nur mitgeteilt, daß der Transport "durch Deutschland" gehe, und nur einem davon wurde das Ziel Basel verraten. Aus der ganzen Sache ergibt sich folgendes: Ist das Vieh auf in Basel, dann sieht keiner

Einfuhr nach Frankreich natürlich nicht das geringste mehr im Wege und der „Erbsfeind“ kann es sich leisten, das Fleisch von deutsch-westafrikanischem Vieh zu verzehren. In Deutschland aber erweist man durch solche falsche Mitteilungen mit Absicht den Eindruck, wie eifrig deutsche Farmer, deutsche Schiffahrtsgesellschaften und deutsche Kapitalisten bestrebt sind, die Belastung der deutschen Volksernährung zu sorgen. Ist das die deutsche Moral? Ein solches Gedanken kann nur als verächtlich gekennzeichnet werden. Es ist elende Profitshieberei, weiter nichts!

Siedlung. Einen schändlichen Anschlag haben gemischte Menschen gegen den Abendzug Kiel-Holtenburg verübt. Zwischen den Stationen Geesthacht und Neuwittenbek waren Steine und Schwellen auf die Schienen gerollt mit der Absicht, den Zug zum Entgleisen zu bringen. Der Aufmerksamkeit des Zugführers ist es zu verdanken, daß unbedachtes Unglück verhindert wurde. Es gelang ihm, den Zug rechtzeitig zum Halten zu bringen, so daß die Sperre belegt werden konnte.

Hamburg. Ein Riesenheirug. Raufgängerig Speculation zum Soyer fiel der Kaufmann Fischer. Er kaufte von Reichenbach große Mengen dieses Kasuoylüber, packte dieses in Kartons und brachte es unter eigener Firma und Marke in den Handel. Fischer hat nun große Posten „ leer“ verkauft, d. h. er bezah-

die Ware im Augenblick des Verkaufs selbst nicht, sondern wollte einen Moment schwärzen, um sich günstig einzudecken. Er ließ sich die verkaufte Ware, wie dies üblich ist, sofort gegen Auslieferung eines Befreiungs- oder Lagerabschlags bezeichnen. Einige Zeit ging die Sache gut, bis die Katastrophen anfingen, megalauften. Diese stiegen mit der Marktpreissteigerung in kurzer Zeit um das Doppelte. Dadurch wurde es Fischer unmöglich, die entsprechenden Beträge in dieser Ausdehnung zu geben. Ein solches Gedanken spricht von 5-6 Millarden, hat es in Hamburg noch nicht gegeben. Fischer ist prompt verrückt geworden, sein Prokurator befindet sich auf einer „ Urlaubstreise“; man kommt ihn noch nicht erreichen.

Bremen. Erfolgreiche Wahlen. Am Sonntag fand in 13 Gemeinden des Bremer Landgebietes die Wahl zu den Gemeindeausschüssen statt, die zuletzt im April 1921 vor sich gegangen waren. Außer zwei rein agrarischen Gemeinden hatte die BSPD. in 11 Landgemeinden ein sozialistische Listen aufgestellt, denen das Bürgertum sogenannte neutrale Listen mit Propaganda-Arbeiterkandidaten gegenüberstellte. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen lebhaft und besser als bei den letzten Wahlen. Für die Sozialdemokratie brachte die Zahl des reich erfreulichen Ergebnis, doch in acht Gemeinden, in denen sozialdemokratische Wahllisten aufgestellt waren, sozialistische Mehrheiten erzielt wurden. Auch in den übrigen Ge-

meinden erlebte man durchweg einen ganz beträchtlichen Stimmzuwachs für die Sozialdemokratie, während Bürgerlichen teilweise Anhänger verloren. Auf jeden Fall diese Wahl ein sehr erfreulicher Auftakt zu der Bürgerwahl in Bremen, die für den Herbst d. J. bevorsteht.

Spott.

3. 6.: Reichsarbeitsportfest; 10. 6. und 17. 6.: Hüttenarbeit dem Prival; Antritt sämtlicher Mitglieder mit Spaten am 8. Uhr Bahnhof. 23. 6.: Sonnenwendfeier a. d. Prival ab Bahnhof abends 6.52, Geibelplatz ab 8 Uhr. 24. 6.: Einzug unserer Schuhhütte. 1. 7.: Reinfelder Forst. Tr. m. 5.5 Uhr Bahnhof. Führ. Mollenhauer. 6. 7.: Vorstandssitz. 13. 7.: Mitgliederversammlung, abends 7.5 Uhr im Geschäftshaus. Führeröffnung am 24. 7. 1. d. Hütte. Jeden Freitag der Feiertag in d. Turnhalle des Lehrerseminars abends von 8-10 Uhr. Jeden Donnerstag, abends v. 8 Uhr: Üben der Musikgruppe im Heim, Johannisstr. 611, selbst jeden Mittwoch: Zusammenkunft.

Amtlicher Teil

Der Senat hat die Referendare Dr. Paul Leberecht und Hans Wittman zu Wissenschaften und den Rechtskandidaten Fritz Bock zum Referendar ernannt. (2424)

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Durchführungsbestimmungen vom 3. Dezember 1921 zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitlohn vom 11. Juli 1921 wird der Wert der Natural- und Sachbezüge für die Zwecke des Steuerabzuges vom Arbeitlohn für die Bezirke der Finanzämter Lübeck und Cuxhaven mit Wirkung vom 1. Juni 1923 ab wie folgt festgesetzt:

1. Voller Unterhalt (Befestigung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung)
 - a) für männliche Haushalte, Lehrlinge, Lehrländchen und sonstige gering beschäftigte weibliche Arbeitnehmer (z. B. Magde, Reinmacherin und Dienstfrauen usw.) täglich 2000 M., monatlich 60 000 M., jährlich 720 000 M.
 - b) für männliche Haushalte, Schneider, unbeschäftigte Arbeitnehmer, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, sowie für die in der Großfirma, d. h. auf Brutto- und Bruttogewinnen über 100 Bruttogewinnern beschäftigten Personen, welche sie nicht unter d) bezeichnen und täglich 3000 M., monatlich 90 000 M., jährlich 1 080 000 M.
 - c) für männliche und weibliche Angestellte und handische Arbeitnehmer in leitender oder gehobener Stellung (Arzte, Apotheker, Vermalter, Inspektoren, Geschäftsführer, Werkmeister, Lehrer, Lehrerinnen, Oberlehrerinnen, Kaufleute und ähnliche) täglich M. 3 600, monatlich M. 108 000.
 - d) für sonstige männliche und weibliche Angestellte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, jedoch ausdrücklich der unter 3. aufgeführten, täglich M. 2 000, monatlich M. 60 000.
 - e) für Lehrlinge (auch Lehrländchen), Dienstmädchen, Reinmacherin und Dienstfrauen u. Ähn. täglich M. 2 000, monatlich M. 60 000.
 - f) für in der Brutto- und Bruttogewinnern
 - a) Kaufleute, Kaufmänner und technische Schriftsteller und Lehrlinge im Offiziersrang stehende Glieder der Belegschaft täglich M. 4 000, monatlich M. 120 000;
 - b) alle übrigen Beratern täglich M. 3 000, monatlich M. 90 000.
- II. Wert nicht voller Unterhalt gemäßt. In treten anstelle der verschiedenen Gesamtheit folgende Einzelzäuge:
 - a) nur für Befestigung
 - b) nur für Wohnung, Heizung und Beleuchtung
 - c) nur für Wohnung
 - d) nur für Wohnung und Abendbeleuchtung je der vorstehende unter I-4 genannten Zäuge.
- III. Wert der Sachbezüge von Beamtenvermögens:
 1. Eltern und Kindern M. 140 000
 2. Wohnung 4 800
 3. Heizung 150 000
 4. 1 Liter Milch 750
 5. 1 Käsel 150 000
 6. Getreide: 12 Zentner zum Umlegpreise von M. 82 500 für den Sommer, der Rest (18 Zentner) M. 57 000 für den Winter.
- IV. Nach dem Gesamtwert des Beamtenvermögens der handliche Beamten unter Zuständigkeitsgrenze von 2500 Bruttogewinnern ab M. 1100.—
- V. Der Wert eingeloser über nicht ausgeführter Sachbezüge wird auf Satz nach der Befestigungsumfang erhöht.

Höchstpreise für Markenbrot

ab 2. Juni 1923. (2449)
Roggengrobbrot 1900 Gr. 2900.— M.
Feinbrot 1900 Gr. 2500.— M.
Lübeck, den 31. Mai 1923.

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung

über die Festsetzung des Wertes der Sachbezüge.

Auf Grund des § 160 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 1 der Verjährungsgebot für Angestellte wird der Wert der Sachbezüge vom 1. Juni 1923 ab wie folgt festgesetzt:

I. Voller Unterhalt (Befestigung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung)

1. für männliche und weibliche Angestellte in leitender oder gehobener Stellung (Arzte, Apotheker, Vermalter, Inspektoren, Geschäftsführer, Werkmeister, Lehrer, Lehrerinnen, Oberlehrerinnen, Kaufleute und ähnliche) täglich M. 3 600, monatlich M. 108 000.

2. für sonstige männliche und weibliche Angestellte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, jedoch ausdrücklich der unter 3. aufgeführten, täglich M. 2 000, monatlich M. 60 000.

3. für Lehrlinge (auch Lehrländchen), Dienstmädchen, Reinmacherin und Dienstfrauen u. Ähn. täglich M. 2 000, monatlich M. 60 000.

4. für in der Brutto- und Bruttogewinnern

- a) Kaufleute, Kaufmänner und technische Schriftsteller und Lehrlinge im Offiziersrang stehende Glieder der Belegschaft täglich M. 4 000, monatlich M. 120 000;
- b) alle übrigen Beratern täglich M. 3 000, monatlich M. 90 000.

5. für Mutter und Kindern M. 140 000

6. für Wohnung 4 800

7. für Heizung 150 000

8. für 1 Liter Milch 750

9. für 1 Käsel 150 000

10. für Getreide: 12 Zentner zum Umlegpreise von M. 82 500 für den Sommer, der Rest (18 Zentner) M. 57 000 für den Winter.

Nach dem Gesamtwert des Beamtenvermögens der handliche Beamten unter Zuständigkeitsgrenze von 2500 Bruttogewinnern ab M. 1100.—

Der Wert eingeloser über nicht ausgeführter Sachbezüge wird auf Satz nach der Befestigungsumfang erhöht.

Lübeck, den 31. Mai 1923. (2417)

Das Versorgungsamt.

Fahrplan

Lübecker Straßenbahn.

Gültig ab 1. Juni 1923.

Die Nachzüge (von 20 abends bis 22 morgens) sind durch unterschiedliche Fahrzeitangaben gekennzeichnet.

W = Die Wagen bestehen nur an Werktagen.

Linie 1. Nordstraße-Rosegger Allee.

(4 Zonen, Fahrzeit 21 Minuten)

ab Nordstraße: W 520, W 590, 630, W 700, 730, W 800, 850, 900, 950 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 520, 590, 630, 700, 730, 800, 850, 900, 950 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

Auch dem Bahnhof über Befestigungsstrasse 65 u. 102.

ab Rosegger Allee: W 520, W 630, 730, W 800, 850, 900, 950 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 520, 630, 730, 800, 850, 900, 950 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

ab Bahnhof über Befestigungsstrasse 65 und 102.

Linie 2. Süderdorf-Allee-Straßenbahnhof.

(4 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten)

ab Süderdorf: 65, W 730, 760, W 830, 860, 900 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 65, 730, 760, 830, 860, 900 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

ab Straßenbahnhof: 730, W 760, 830, W 860, 900, 950 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

Linie 3. Markt-Straßenbahnhof (über Süderdorf).

(5 Zonen, Fahrzeit über Süderdorf 50 Minuten, über Befestigungsstrasse 65 Minuten)

ab Markt: W 520, W 590, 630, 700, 730, W 800, 850, W 900, 950, 1000, 1050 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 520, 590, 630, 700, 730, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

*) über Süderdorf, *) nach der Süderdorffahrzeit nach Süderdorf und Süderdorf nach der Süderdorffahrzeit.

ab Süderdorff: W 520, W 590, 630, W 730, 760, W 800, 850, W 900, 950, 1000, 1050 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

Linie 4. Kronsford-Ullee-Schwartauer Allee.

(5 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten)

ab Kronsford: W 520, 630, W 700, 730, W 800, 850, 900, 950, 1000, 1050 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 520, 630, 700, 730, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

Linie 5. Markt-Schwartauer Allee.

(5 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten)

ab Markt: W 520, 630, W 700, 730, W 800, 850, 900, 950, 1000, 1050 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 520, 630, 700, 730, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

Linie 6. Süderdorf-Ullee-Schwartauer Allee.

(5 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten)

ab Süderdorf: W 520, 630, W 700, 730, W 800, 850, 900, 950, 1000, 1050 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 520, 630, 700, 730, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

Linie 7. Süderdorf-Ullee-Schwartauer Allee.

(5 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten)

ab Süderdorf: W 520, 630, W 700, 730, W 800, 850, 900, 950, 1000, 1050 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 520, 630, 700, 730, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

Linie 8. Süderdorf-Ullee-Schwartauer Allee.

(5 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten)

ab Süderdorf: W 520, 630, W 700, 730, W 800, 850, 900, 950, 1000, 1050 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 520, 630, 700, 730, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

Linie 9. Markt-Moislanger Baum.

(4 Zonen, Fahrzeit 19 Minuten)

ab Markt: 520, 630, W 700, 730, W 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 520, 630, 700, 730, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22.

*) nach der Wagenhalle Hafenstraße.

Linie 10. Geibelplatz-Bahnhof bezw. Börwer Friedhof.

(2 bzw. 5 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten)

ab Geibelplatz-Bahnhof: 700, 730, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22. 700, 730, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150 und weiter alle 30 Minuten bis 22.